

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlagskonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieser Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land

Zeitungspreis einschließlich Bringelohn monatlich 4000.— M., durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1200.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonntagsnummer 250.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Druckerei: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die halbspaltige Mastheadzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Wiederholung 100 Proz.

Nr. 67

Dresden, Dienstag den 20. März 1923

34. Jahrg.

Rohbach wiederum verhaftet!

Leutnant a. D. Rohbach, der bereits zweimal verhaftet, aber immer wieder freigelassen wurde, ist am Sonntag erneut festgenommen worden. In Wannsee, seinem Stammquartier, hielt er am Sonntagabend eine Versammlung ab, die von der Polizei aufgelöst wurde. Er selbst wurde hierbei von Beamten der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums in Haft genommen. Die Festnahme stützt sich auf zahllose Vergehen Rohbachs gegen die Republikgesetzgebung. Daß er Ministermorde plante und ebenfalls mit Reichswehroffizieren und Mannschaften dunkle Pläne schmiedete, dürfte bei seiner Veranlagung kein Wunder nehmen. Leider ist auch jetzt wieder zu befürchten, daß man den schlimmsten aller Verschwörer wieder laufen läßt. Das gegen Rohbach vorliegende Material ist geradezu erdrückend. Er erlaubt jedoch aus bestimmten Gründen eine restlose Veröffentlichung nicht. Wir könnten es daher nicht begreifen, wenn dieser Mann, der Bestimmungsgenossen zu fortgesetzten Morddrohungen an preussische Minister verleitet und zur Ausführung von Mordtaten selbst Pläne schmiedet, jetzt zum dritten Male entlassen würde, nur weil der juristische Punkt fehlt. — Am Montag haben die Freunde Rohbachs bereits bei den zuständigen Stellen ihre Wünsche auf Haftentlassung vorgebracht. Uebrigens schwebt gegen den Verhafteten noch ein Verfahren wegen Ermordung zweier Arbeiter während des Kapp-Putsches in Weidenburg.

Echardt im Lazarett

Der Prozeß gegen den Kapitänleutnant a. D. Echardt dürfte, wie bereits mitgeteilt, in einigen Wochen beginnen. Bekanntlich steht Echardt nicht nur unter der Anklage des Hochverrats, sondern auch des Meineides, da er unter seinem Eid als „Schweiger“ über sich selbst falsche Angaben gemacht hat. In diese Angelegenheit ist auch die Prinzessin von Hohenzollern verwickelt, die, wie wir bereits bei der Verhaftung Echardts meldeten, ebenfalls unter ihrem Eid erklärt hat, nicht zu wissen, daß der angebliche „Schweiger“ der gesuchte

Kapitänleutnant a. D. Echardt ist. Die Untersuchung hat aber ergeben, daß sie nicht nur Echardt, sondern auch einige seiner fälschlichen Freunde beherbergt hat.

Echardt ist übrigens in ein Lazarett übergeführt worden, da seine Gesundheit durch die Untersuchungshaft gelitten und er sich vor einigen Tagen bei einem Sturz die linke Hand gebrochen hat. Diese plötzliche Krankheit Echardts scheint uns nach den bei verschiedenen politischen Verbänden gemachten Erfahrungen hinreichend verdächtig. Ist sie etwa der erste Schritt des Hochverrats auf der Flucht in die goldene Freiheit?

Zur Rettung des „verratenen Echardt“ hat die Fraktion der Deutschösterreichischen Freiheitspartei, die Adga, von Graefe, Bulle und Henning, sich jetzt an die Rechtsparteien gewandt und ihre Unterstützung für einen Antrag erbeten, in dem der Reichstag die Reichsregierung ersuchen soll, dem im Kriege um sein Vaterland hochverdienten Kapitänleutnant a. D. Hermann Echardt sofortige Haftentlassung zu erteilen oder aber zumindestens auf einen beschleunigten Abschluß des gegen ihn geführten Untersuchungsverfahrens zu dringen.

Sämtliche Abgeordneten der Rechtsparteien haben es abgelehnt, sich für den Hochverräter einzusetzen, worüber die Parteimitglieder der Freiheitspartei natürlich sehr böse sind. Sie schimpfen über die ehemaligen Generale und Admirale, die sich als einstige Vorgesetzte Echardts unter den Abgeordneten befinden und es nicht für nötig halten, „für die Freiheit eines so hochverdienten acht deutschen Mannes wie Echardt eine Lanze zu brechen“. Die Schuld an dieser Haltung ist nach der Ansicht der Graefe, Bulle und Henning darin zu suchen, daß auch die sogenannten nationalen Parteien ihre Partei über das Vaterland stellen. Damit ist bewiesen, daß Echardt und in trauter Gemeinschaft mit ihm die Führer der deutschösterreichischen Freiheitspartei die einzigen sind, die das Vaterland über alles stellen. „Daß du die Reue im Gesicht behältst!“ pflegt der Berliner bei solchen Gelegenheiten zu sagen.

Die Lage im Ruhrgebiet

Aus dem Ruhrgebiet wird uns folgendes geschrieben:

Die große Kundgebung in Hamm am letzten Sonntag hat gezeigt, daß es um die deutsche Sache nicht schlecht bestellt ist. Der Gelegenheit nimmt, mit den maßgebenden Instanzen, Unternehmern und Arbeitern, über die Wirtschaftslage, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, kurzum über alles das zu sprechen, was für einen glücklichen Ausgang des uns aufpeinigenden Kampfes entscheidend ist, muß ebenfalls bestätigt, daß Poincarés Hoffnung auf eine baldige Kapitulation Deutschlands nicht gerechtfertigt ist. Gewiß kostet der Kampf an der Ruhr Deutschland ebenfalls außerordentlich große wirtschaftliche Opfer, deren Folgewirkungen nicht von heute auf morgen in Erscheinung treten. Aber es heißt bewußt der deutschen Sache Schaden zufügen, wenn auf Grund dieser wirtschaftlichen Opfer Schlussfolgerungen gezogen werden, die im Ausland den Eindruck erwecken müssen, daß Deutschlands Kapitulation bevorstehe.

Wie liegen die Verhältnisse in Wirklichkeit? Die Lebensmittelversorgung im gesamten besetzten Gebiet ist bisher ausreichend. Infolge der Verkehrsschwierigkeiten auf der Eisenbahn muß die Ware mit andern Transportmitteln an Ort und Stelle befördert werden. Die besonderen Frachtkosten wirken sich stark auf die Preise aus, sie tragen zum Teil mit dazu bei, wenn die Löhne der Arbeiter- und Angestellten der privaten Industrie im Ruhrgebiet bis jetzt noch nicht im Verhältnis zu den hohen Aufwandskosten für die Lebensweise stehen. Deshalb muß man sich auf neue Lohnverhandlungen gefaßt machen. Bei dieser Gelegenheit könnte das Reichswirtschaftsministerium wieder gutmachen, was es durch die Behandlung bestimmter Arbeiterkategorien im Innern Deutschlands aus Anlaß neuer Lohnverhandlungen indirekt der deutschen Abwehrfront geschadet hat.

Durchaus aufrehabend ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitslose gibt es im Innern des Industriegebietes kaum. Soweit sie vorhanden sind, wird ihnen durch Notstandsarbeiten Arbeitsmöglichkeit gegeben. Unfreiwillig liegen die Verhältnisse nicht so gut. Hier gibt es eine ganze Reihe von Arbeitslosen infolge der Verkehrsschwierigkeiten, ferner durch den sich bemerkbar machenden Rohstoffmangel. Die Tabakindustrie liegt restlos lahm. Dagegen brauchte bisher nicht ein deutscher Hochofen ausgedient zu werden, während in Frankreich fast zwei Drittel aller Hochofen stillgelegt wurden. Der hierzu notwendige Kalk wird im besetzten Gebiet selbst gewonnen und ist in genügender Menge vorhanden. Auch an den sonst notwendigen Rohstoffen besteht bisher kein Mangel. Die Bergwerke weisen natürlich einen starken Produktionsrückgang auf. Sie fördern heute fast ausschließlich nur noch den Selbstverbrauch und den Bedarf für Industrie und Gemeinden im Ruhrgebiet. Das sind ungefähr 50 Prozent der bisherigen Förderleistung. Schon daraus ergibt sich, daß der Ertrag der französischen Bergunternehmungen an Kohle und Kalk nicht groß sein kann. An der Versorgung der Gemeinden mit Kohle ist die Besatzung selbst interessiert, um Wasser und Licht zu erhalten. Deshalb unterläßt sie die Eingriffe in die Kohlenversorgung der Gemeinden.

Der Verkehr auf der Eisenbahn ist infolge der Beschlagnahme großer Strecken sowie der besten Maschinen und Wagen nur notdürftig. Aber ebenso notwendig ist der Verkehr der Franzosen auf den militärischen Eisenbahnlinien. Bisher haben sie auf den ihrer Aufsicht unterliegenden Strecken einen geregelteren Betrieb nicht zustande gebracht. Lediglich das Notdürftigste an Probiert wird gefahren; ab und zu sieht man auch einen Reklame-Verkehrszug ohne Fahrgäste. Die deutsche Bevölkerung leidet es ab, die von Franzosen gefahrenen Züge zu benutzen. In diesem Verhalten hat auch die Einrichtung französischer Bureaus zur Werbung von Fahrgästen nichts geändert. Man ist deshalb dazu übergegangen, zweifelhafte Personen gegen Bezahlung in den Zügen zu befördern. Aber auch hier haben sich nur wenig zweifelhafte Naturen gefunden. Neuerdings gestatten die Franzosen wieder die Ausfahrt deutscher Lebensmittellwagen. Diese Wagen wurden bisher zurückgehalten, so daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln dem Reich täglich eine große Menge guter geschlossener Güterwagen kostete. Diese Maßnahme der Besatzung war als Entgelt für die Zurückhaltung deutscher Kohlenwaggons aus dem Ruhrgebiet gedacht.

Selber verschuldet der Bureautratismus, der die Eisenbahndirektionen des Westens auszehrt, manchen Verlust an Material und Geld. In Duisburg hat man den Franzosen bisher z. B. dreimal das Vergnügen der Beschlagnahme von Lohnwaggons gemacht. Das war nur möglich, weil die Lohnauszahlungen trotz den wiederholten Beschlagnahmen immer wieder am gleichen Ort und zu gleicher Zeit vorgenommen wurden. Und warum? Weil nach den Ansinnen der Beamten eine Verfügung, die die Auszahlung der Löhne an einem andern Orte als sonst bestimmte, nicht vorlag. Diese Verantwortungslosigkeit hat dem Reich bisher Hunderte von Millionen gekostet. Dem gleichen Geist ist der Verlust von mehreren Milliarden für Material zu verdanken, das von den

Belgien wird besinnlich

Aus Brüssel wird uns berichtet:

Das Zentralorgan der belgischen Sozialdemokratie, der *Peuple*, berichtet, daß er aus indirekten wie aus verschiedenen durch ermächtigte Quellen weiß, daß nicht nur die Regierungen Englands und Italiens in Paris und Brüssel Schritte unternommen haben, um die politischen Ziele des französisch-belgischen Vorgehens an der Ruhr kennenzulernen, sondern daß auch der belgische Ministerpräsident und der belgische Außenminister auf der Brüsseler Konferenz bei Poincaré mit Nachdruck die Bedenken zur Sprache gebracht haben, die Belgien hat, sich weiter in eine Politik mitschleppen zu lassen, die es von England entsetzt. Wenn die französische Regierung die moralische Hofierung wagen wolle, so könne das keine Belgien, dessen Vorkriegsgrundlage der internationale Friede und die internationale Eintracht sind, sich derselben Gefahr nicht aussetzen. Aufmerksam verfolgt man daher in Belgien den immer härter werdenden Druck der öffentlichen Meinung Englands auf die hiesige Regierung, und es hat den Anschein, als ob in den Kreisen der belgischen Regierung eine festere Haltung gegenüber der französischen Regierung begünstigt wird, weil dadurch die eigene Stellung gegenüber den allzu weitgehenden politischen Zielen der Regierung Poincaré nur gestärkt werden kann.

Auch Genosse de Brouckere beschäftigt sich mit dem Weichheit der Brüsseler Konferenz, das Ruhrgebiet erst nach und nach wieder zu räumen, entsprechend den Zahlungen Deutschlands; das sei keine vernünftige Lösung des Problems. Die Konferenz habe vornehmlich eine vermittelnde Lösung gesucht zwischen einer napoleonischen Eroberung und einer Kaiserpolitik; diese Vermittlung aber es nicht. Das einzige Erfreuliche sei, daß man nunmehr wisse, daß die belgische Regierung zum mindesten gewissen Erfolgen der Poincaré-Politik Widerstand entgegenzusetzen trachte. Wenn sich die belgische Regierung schon habe zur Mühseligkeit verleiten lassen, so müsse sie jetzt, um die Situation zu retten, sich entschließen an die beim Einmarsch abgegebenen Erklärungen halten und die politischen Folgerungen daraus ziehen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß das Ruhrgebiet als Band geironen habe. Die Ausbeutung durch Besetzung habe sich als unmöglich erwiesen. Wollte man aber das belgische Ruhrgebiet als Druckmittel auf Deutschland benutzen, so könne man nur Deutschland und sich selbst ruinieren, aber niemals aus einer permanenten Katastrophe Belgien für Reparationen ziehen. Wollte man also dieses Band bis zur Verzweiflung behalten, so bestehe das, bis zum St. Nimmerleinstag in Eisen bleiben.

Es gäbe also nur einen Ausweg: das schlechte Band gegen ein besseres austauschen. Man müsse die Gesamtschuld Deutschlands vernünftig berechnen und dafür dann auf dem Wege von Verhandlungen zu einem wirtschaftlichen „territorialem“, sondern wirtschaftlichen Band kommen. Die Formel „Am Ruhrgebiet bleiben bis zur vollständigen Zahlung“ müsse geändert werden in: das Ruhrgebiet verlassen, sobald die Bezahlung der Reparationsschuld annahmbar garantiert ist.

Hölein in Paris verhaftet

Die Festnahme von der Verhaftung des deutschen kommunistischen Reichslandtagsabgeordneten Hölein in Frankreich bestätigt sich. Nach einer kommunistischen Protokollversammlung in Paris gegen die Ruhrbesetzung wurde Hölein, der in der Versammlung gesprochen hatte, verhaftet und in das Gant-Geängnis ein-

geführt. Bei seiner ersten Vernehmung wurde ihm mitgeteilt, daß er wegen Vergehens gegen die innere und äußere Sicherheit des Staates in den Anklagezustand versetzt sei. Hölein war nicht im Besitz eines Reisepasses, weigerte sich aber, anzugeben, auf welche Art er die Grenze überschritten hatte. Der englische und der italienische Konsument, die in derselben Vernehmung gesprochen hatten, wurden unbehelligt gelassen. Pariser Blätter melden, daß bei Hölein das Manuskript der Rede gefunden wurde. Das internationalistische Echo National spricht anlässlich dieser Affäre von „Emissären Berlins“, die man nicht nach Frankreich lassen dürfe. Hölein als Agent Cuno oder Seckts — das ist für ihn fast schlimmer als die sonstige Strafe, die ihm droht.

Die französische Regierung will wahrscheinlich diese Affäre zur Hochtreibung ihrer nationalistischen Agitation für das Ruhrabenteuer benutzen. Aber das kann ein zweifelndes Schwert sein. Der Ausgang einer solchen Aktion ist nicht sicher. Nebenfalls argut die Verhaftung Höleins von Furcht und Schwäche der französischen Radikalen.

Die Kapitalertragssteuer

Mit der von den bürgerlichen Parteien durchgeführten „Verpflichtung der Geldentwertung in den Steuererträgen“, die bekanntlich eine wesentliche Verschlechterung in der Ausübung der Steuererträge gegenüber dem Besitz bringt, ist die Kapitalertragssteuer suspendiert worden. Das Gesetz ist damit nicht widerrufen, sondern lediglich außer Kraft gesetzt. Deshalb sind die Kapitalertragssteuerpflichtigen, von denen aber fällt der neunzigprozentige Abzug von den Zinsen und Dividenden, die einzige Steuerertragsquelle, die das Einkommen an der Quelle erfährt, fort. Lediglich bei Dividenden bleibt der Steuerabzug bestehen. Begründet wird der Vorfall der Kapitalertragssteuer damit, daß infolge der Geldentwertung immer weitere Kreise trotz ihrem Bezug von Zinsen und Dividenden unter das Existenzminimum geraten und infolgedessen Erfüllung der Steuern oder Anrechnung auf andere Steuerpflicht verlangen könnten. Dadurch würde der Apparat zu kompliziert, der Ertrag der Steuern zu gering. So mit Kleinrentner davon betroffen werden, wird man ihnen diese Erleichterung sicherlich gern zubilligen. Aber es ist nicht einzusehen, warum auch mit der Befreiung dieser Steuer wieder weite Kreise von Großbesitzern, die ihr Kapital in Industrieobligationen oder ähnlichen Werten angelegt haben, zu lastenden Erben dieser Steuerbefreiung werden. Das Reich kann zu einer Zeit, wo nur ein geringer Bruchteil seiner Ausgaben durch Steuereinnahmen gedeckt ist, weniger als sonst auf Steuern verzichten.

Regierungswahlmache in Südslawien

Belgrad, 19. März. Die gestrigen Wahlen für die Südslawien sind ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Die bis heute bekannt gewordenen Ergebnisse lauten: Die radikale Partei, die selber 92 Mandate hatte, erhielt 118, die Demokraten, früher 91, erlangten nur 45, die Kommunisten und Republikaner kein Mandat. Die kroatisch-slawonische Partei und die Serbischen Sozialisten, die selber 60 Mandate hatte, erhielt 68. Die deutschen Minderheiten in Südslawien sind unterlegen. Der Ministerpräsident Walsch ist außer in Belgrad noch in zwei anderen Bezirken gewählt worden. Die unter Führung von Broitsch stehenden radikalistischen Dissidenten erklärten eine vollständige Niederlage. — Der Regierungsertrag „siegte“.